

PRESSEMITTEILUNG

Bremen lässt Bekenntnis zur Profession Pflege vermissen

DBfK zu den Plänen der Rot-Grün-Roten Koalition in Bremen

Hannover, 27.06.2023

Am gestrigen Tag haben SPD, GRÜNE und LINKE den Entwurf für einen Koalitionsvertrag mit dem Titel „Veränderung gestalten: sicher, sozial, ökologisch und zukunftsfest“ veröffentlicht. Der DBfK bewertet die für die Pflege- und Gesundheitsversorgung relevanten Koalitionsvereinbarungen als ausbaufähig. Gute Gesundheitsversorgung kann nicht ohne die Profession Pflege zukunftsfest gestaltet werden.

„Im Koalitionsvertrag fehlt an vielen Stellen das Bekenntnis zum Heilberuf Pflege. Pflegefachpersonen finden bei den vorhandenen guten quartiersbezogenen Ansätzen und Bekundungen zur Gesundheitsförderung und Prävention kaum Erwähnung. Stattdessen werden sie unter dem unspezifischen Sammelbegriff „Gesundheitsfachkräfte“ subsummiert. Das entspricht nicht der Verantwortung, die vor allem Pflegefachpersonen im Gesundheitssystem tragen und lässt leider vermuten, dass der Wert der Profession Pflege für die jetzige und zukünftige Versorgung immer noch nicht erkannt wird. Dies ist vor dem Hintergrund des eklatanten Mangels an Pflegefachpersonen, die als knappe Ressource zukünftig sehr gezielt gefördert und klug geplant eingesetzt werden müssen, ein großes Versäumnis“, so Heidrun Pundt, für das Land Bremen zuständiges Vorstandsmitglied des DBfK Nordwest.

„Wir begrüßen die angestrebte Förderung einer sektorenüberwindenden Versorgung der Menschen in Bremen ausdrücklich. Der DBfK setzt sich in diesem Zusammenhang für eine Erweiterung der pflegerischen Verantwortung ein. Eine umfassende Etablierung von Community Health Nursing wäre dafür ebenso unerlässlich wie Gesundheitszentren unter Beteiligung oder Leitung von Pflegefachpersonen – hiervon lesen wir im Koalitionsvertrag leider nichts“, so Pundt weiter.

Im Koalitionsvertrag finden sich aus Sicht des DBfK eine Reihe positiver Signale für die beruflich Pflegenden und die Menschen in Bremen insgesamt. Die bisherigen Ressorts Pflege und Gesundheit werden in ein Ressort zusammengelegt, damit wird die künstliche Trennung nach Logik der Sozialgesetzgebung endlich überwunden.

Regionalverband NordwestBödekerstraße 56
30161 HannoverAnsprechpartner:
Stefan SchwarkT +49 511 696844-0
F +49 511 696844-299presse-nordwest@dbfk.de
www.dbfk.de

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe (DBfK) ist die berufliche Interessenvertretung der Gesundheits- und Krankenpflege, der Altenpflege und der Gesundheits- und Kinderkrankenpflege. Der DBfK ist deutsches Mitglied im International Council of Nurses (ICN) und Gründungsmitglied des Deutschen Pflegeverbandes (DPR).

Auch die Möglichkeit zur Schaffung des Amtes einer Pflegebevollmächtigten begrüßen wir ausdrücklich. Positiv hervorzuheben sind auch Unterstützungsprogramme für Wiedereinsteiger:innen und weitere Vorhaben zum Thema Gewinnen und Halten von beruflich Pflegenden.

Kritisch sieht der DBfK den Ansatz, die Pflegefachausbildung unter bestimmten Voraussetzungen verkürzen zu können. „Mit einer Verkürzung der grundständigen pflegerischen Fachausbildung will die Koalition auf die Abbruchquoten reagieren, das ist aber der vollkommen falsche Weg. Was wir brauchen ist mehr Ausbildung, nicht weniger, damit die zukünftigen Pflegefachpersonen den komplexer werdenden Anforderungen überhaupt gerecht werden können und nicht frustriert nach zwei Jahren den Beruf wieder verlassen“, betont Pundt.

Der Druck einer angespannten Situation aufgrund des Mangels an Pflegefachpersonen darf nicht zu einer Absenkung der Anforderungen und damit der Qualität der Versorgung führen. „Bremen gehört bisher zu den wenigen Bundesländern, die für den Bereich der stationären Langzeitpflege im Rahmen der Personalverordnung neben einer Fachkraftquote auch die Präsenz von Pflegefachpersonen regelt. Der DBfK wird deshalb sehr kritisch das Vorhaben begleiten, die Personalmindestverordnung des BremWoBeG mit Bezug auf die Ergebnisse der Studie zur Personalbemessung der Universität Bremen anzupassen“, sagt Pundt.

Der DBfK formuliert das dringende Angebot an die politisch Verantwortlichen in Bremen, ihn als größten Berufsverband für Pflegefachpersonen in Deutschland und auch in Bremen einzubeziehen, wenn es um die Schaffung von zukunftsfähigen Strukturen für eine bedarfsgerechte Gesundheitsversorgung geht. „Veränderungen gut zu gestalten wird ohne die Profession Pflege nicht funktionieren“, so Pundt.